

# Saudi-Arabien und Iran – Konterrevolutionäre Rivalen

*Robert Teller, Neue Internationale 240, September 2019*

Beide Staaten stehen seit 1979 in offener Feindschaft zueinander. Saudi-Arabien ist enger Verbündeter der USA, das iranische Regime entstand aus einer Revolution gegen eine pro-amerikanische Diktatur und legitimiert sich seit jeher über seinen vorgeblichen Anti-Imperialismus.

Beide beanspruchen eine Führungsrolle innerhalb der islamischen Welt. Dass sich das saudische Königshaus und das iranische Regime dabei auf einander entgegengesetzte islamische Interpretationen berufen, taugt nicht als Erklärung für ihre Feindschaft. Der Konflikt ist vielmehr eine Folge von geopolitischen Allianzen und ihres politischen Charakters.

Für die aktuelle Konfliktsituation sind mehrere Aspekte von Bedeutung: Die Rivalität imperialistischer Mächte, die im Nahen und Mittleren Osten ausgetragen wird, und die Rolle Saudi-Arabiens und Irans als „Energie-

Supermächte“ und Konkurrenten am Weltmarkt. Besondere Bedeutung für den Konflikt haben der US-Einmarsch im Irak und die Auswirkungen der Arabischen Revolutionen 2011.

## **Geschichte Saudi-Arabiens**

Der heutige saudische Staat entstand 1932 in Folge etwa zweihundert Jahre andauernder Versuche der Saud-Dynastie, die Arabische Halbinsel zu unterwerfen. Zur Zeit des Osmanischen Reiches waren diese Versuche alle zum Scheitern verurteilt. 1945 vereinbarten Präsident Roosevelt und König Abd al-Aziz Ibn Saud eine Partnerschaft, die im Grunde bis heute Bestand hat. Saudi-Arabien sollte zum verlässlichen Partner, Energielieferanten und politischen Gegengewicht zum sowjetischen Einfluss im arabischen Raum werden. Das saudische Königshaus erkaufte sich mit dem Ölexport in die USA die Garantie, jederzeit militärischen Schutz zu erhalten. Saudi-Arabien hat die größten nachgewiesenen Ölressourcen weltweit, ist weltgrößter Ölexporteur und unter den ÖlproduzentInnen das Schwergewicht mit dem größten Einfluss auf die Ölpreise. Während die USA Saudi-Arabien als größter Ölproduzent überholt haben, hat aufgrund der

geologischen Verhältnisse die saudische Förderung nach wie vor die geringsten Produktionskosten. Das saudische Königshaus verfügt über die Macht, durch Steigerung der Fördermenge den Ölpreis unter den Betrag zu drücken, der für schwieriger zu erschließende Lagerstätten noch profitabel ist.

Das saudische Königshaus kann im arabischen Raum auf die längste Kontinuität politischer Herrschaft zurückblicken. Hätte es auf der arabischen Halbinsel kein Erdöl gegeben, so wäre dem saudischen Staat wohl das gleiche Schicksal beschieden gewesen wie zahllosen anderen arabischen Staaten, deren schwache Bourgeoisien bis heute unfähig sind, ihr Land zu einen und zu regieren, und daher lange Zeit zwischen Staatsstreichen und imperialistischen Interventionen nicht zur Ruhe kamen. Doch die besonderen Bedingungen einer Rentenökonomie ermöglichten es dem saudischen Herrscherhaus, sich einen Staat nach seinem Bilde zu schaffen: eine korrupte Despotie, deren primärer Zweck darin besteht, Petrodollars in die Taschen einiger hundert Prinzen zu schaufeln.

Die scheinbar nie versiegende Geldquelle des Ölexportes erlaubte es dem Königshaus auch, seine Herrschaft in einer von atypischen Klassenverhältnissen geprägten Gesellschaft zu festigen. Der Staat stützt sich auf eine privilegierte

Schicht saudischer ArbeiterInnen und Verwaltungsangestellten. Die ArbeiterInnenklasse in Saudi-Arabien besteht zum größten Teil aus MigrantInnen, die für begrenzte Zeit und in ihrer Mehrheit in vollkommener Rechtlosigkeit im privaten Sektor überausgebeutet werden.

Dennoch steht Saudi-Arabien vor einer Reihe grundsätzlicher Probleme. Das ist zum einen die im Verhältnis zum Reichtum des Herrscherhauses wirtschaftliche Rückständigkeit. Weder hat sich eine vom Königshaus unterscheidbare nationale Bourgeoisie herausgebildet noch eine indigene ArbeiterInnenklasse. Das Land ist stark vom Import von Waren und Arbeitskraft abhängig.

Zum anderen kostet der staatliche Sektor mit seinem hohen Lohnniveau viel Geld. Die vergangenen Jahre waren aufgrund des hohen Staatsdefizits bereits von sozialen Einschnitten und vom Schrumpfen der privilegierten, aristokratischen Schicht gekennzeichnet, auf die sich der saudische Staat stützt. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass trotz weitreichender staatlicher Wohlfahrtsprogramme der Anteil der saudischen StaatsbürgerInnen, die in Armut leben, bei etwa 20 % liegt.

Und drittens ist der saudische Staat hochgradig abhängig von der politischen Partnerschaft mit westlichen Regierungen. Diese Partnerschaft hat auch für diese einen politischen Preis: den Vorwurf der Unterstützung des mörderischen Kriegs im Jemen und der Rückendeckung für die extrem repressive Politik des Königshauses.

## **Geschichte Irans**

Das iranische Mullah-Regime geht zurück auf die Iranische Revolution im Jahr 1979, die den heutigen Nahen und Mittleren Osten maßgeblich geformt hat. Der Sturz des Schah-Regimes war der Sieg einer gewaltigen Streikbewegung. Sie beendete die Ära unmittelbarer Kontrolle durch die USA und die ehemalige Besatzungsmacht Großbritannien. Doch die Früchte der Revolution gingen aufgrund des Fehlens einer revolutionären Führung und der Volksfrontpolitik der Tudeh-Partei an die Bewegung des erzreaktionären Ajatollah Chomeini verloren. Ein anderer Teil der iranischen Linken wandte sich dem Guerillakampf zu, anstatt den massenhaften Kampf der ArbeiterInnen anzuführen. Manifest wurde die drohende Niederlage der Iranischen Revolution mit dem von den USA unterstützten irakischen Angriff 1980. Es folgte 1982 die Zerschlagung der gesamten politischen

Opposition durch  
das Mullah-Regime.

Dieses setzte  
seither auf eine pan-islamische Politik, um seinen Einfluss im  
arabischen Raum  
auszubauen. Dabei ist nicht nur der Aufstieg der Hisbollah im  
Libanon zu  
nennen. Das iranische Regime hegte auch lange Zeit gute  
Beziehungen zur  
sunnitischen Muslimbruderschaft in Ägypten.

## **Iran und der US-Einmarsch 2003 im Irak**

Die US-Invasion  
im Irak 2003 führte zwar innerhalb kurzer Zeit zum  
Zusammenbruch des  
Saddam-Regimes, doch schaffte es das US-Militär nicht, das  
entstandene  
Machtvakuum zu füllen.

Die Invasion,  
die die direkte Kontrolle der USA über den Irak herstellen  
sollte, führte  
stattdessen zur Verankerung schiitischer, dem iranischen  
Regime ergebener  
Kräfte. Im Angesicht des Erstarkens sunnitisch-  
fundamentalistischer Kräfte –  
mit Unterstützung ehemaliger BaathistInnen – in der Erhebung  
gegen die  
US-Besatzung sah sich das US-Militär auf einmal Seite an Seite

mit den vom Iran unterstützten Milizen, die das Ziel der US-Invasion, ein stabiles pro-westliches Regime zu etablieren, hätten durchkreuzen können.

Im Kriegstrommeln der US-Rechten gegen den Iran zeigt sich auch heute ein tiefer Widerspruch innerhalb des US-Imperialismus: Trump möchte das Militär aus Syrien und Afghanistan zurückziehen, ohne aber dem Iran das Feld zu überlassen. Eine US-Invasion im Iran würde sehr wahrscheinlich den ganzen Nahen und Mittleren Osten ins Chaos stürzen. Daher gibt es auch innerhalb der US-Rechten Stimmen, die einen Krieg ablehnen, gerade weil der Iran als Ordnungsmacht nicht zu ersetzen ist. Hier liegt auch der Interessenskonflikt mit Israel und Saudi-Arabien, die Irans Regionalmachtambitionen nicht anerkennen.

## **Saudi-Arabien, Iran und die Arabische Revolution**

Die relative politische Stabilität des saudischen Regimes bedeutete in den Jahren ab 2011, dass das wirtschaftlich und politisch mächtigste Land der arabischen Welt ein Hort der dortigen Konterrevolution wurde. Dass aber auch

Saudi-Arabien vor einer revolutionären Erhebung nicht immun sein würde, zeigte die Erhebung in Bahrain, die im März 2011 durch eine saudische Militärintervention niedergeschlagen wurde, um ein Übergreifen zu verhindern.

Die Arabischen Revolutionen trafen nicht zufällig vor allem die schwächeren Regime unvorbereitet. In Ägypten, dem Land mit der größten ArbeiterInnenklasse im arabischen Raum, konnte Sisis Putschregime 2013 nur durch die Ermutigung und Unterstützung des saudischen Königshauses den endgültigen Sieg über die Revolution erringen, den in dessen Folge drohenden Staatsbankrott abwenden und den Militärstaat wieder aufrichten. In Syrien war das saudische Regime einer der Hauptsponsoren der mächtigen islamistischen Rebellenkoalitionen Dschaisch al-Islam (Armee des Islams) und Ahrar al-Scham (Islamische Bewegung der freien Männer der Levante) und trägt maßgebliche Verantwortung für die Niederlage der revolutionären Erhebung von 2011. Das saudische Königshaus konnte als Rückgrat der arabischen Konterrevolution seinen Einfluss in der Region ausbauen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies mit gewaltigen Kosten erkaufte wurde. Der Krieg im Jemen, unter dem Vorwand begonnen, iranischen Einfluss zu bekämpfen, ist für Saudi-Arabien militärisch gescheitert und hat wohl bislang



weit über 100 Mrd. US-Dollar gekostet.

Das iranische Regime hat sich seinerseits 2011 von Beginn an darauf festgelegt, das Assad-Regime zu verteidigen – unter anderem, weil es die syrische Revolution als Fortsetzung der Massenproteste im Iran 2009/2010 sah. Die Unterstützung mit Waffen, Technologie, militärischen BeraterInnen und Finanzhilfen hat das syrische Regime vor dem Sturz gerettet. Seit etwa 2013 ist iranisches Militär in Syrien im Einsatz. Zur gleichen Zeit baute das iranische Regime eine Art „Fremdenlegion“ in Syrien auf, deren Mitgliederzahl die der ausländischen sunnitischen DschihadistInnen deutlich übersteigen dürfte. Die Entscheidung der US-Regierung von 2015, auf die kurdischen YPG-Kräfte zu setzen, ist auch der Lektion des Irak-Kriegs geschuldet, d. h. der Versuch, ein Gegengewicht zum iranischen Einfluss zu schaffen.

Letztendlich hat also das Scheitern der Arabischen Revolutionen auch dem iranischen Regime geholfen, seinen Einfluss in der Region auszuweiten. Sinnbildhaft für die Hoffnungslosigkeit der US-Interventionspolitik ist wohl der Einmarsch von Daesch (Islamischer Staat; IS) im Nordirak im Juni 2014, dem zunächst weder die irakische Zentralregierung noch die kurdische

Autonomieregierung etwas  
entgegenzusetzen vermochten. Schnell wurde unter US-Führung  
eine Militärallianz  
zusammengezimmert, die das Schlimmste abwenden sollte. Das  
Rückgrat der  
Bodentruppen waren abermals schiitisch-fundamentalistische  
Kräfte.

Im Iran wie auch  
in Saudi-Arabien herrscht nicht Gottes Wille, sondern das  
Kapital. Die globale  
Krisensituation macht Massenerhebungen nicht nur möglich,  
sondern sehr  
wahrscheinlich, wie die Proteste der vergangenen Jahre im Iran  
gezeigt haben.  
Nicht erst die massive Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage  
aufgrund der neuen  
US-Sanktionen hat zu einer Welle von Streiks geführt, die sich  
meist gegen die  
Entwertung der Löhne durch die auf 50 % gestiegene Inflation  
richten. Die  
Repression des Regimes hat nur dazu beigetragen, den Streiks  
eine zusätzliche  
politische Komponente zu geben, wie etwa Streiks in  
Solidarität mit den  
ArbeiterInnen der Zuckerfabrik Haft Tappeh Ende 2018 gezeigt  
haben. Die  
iranische ArbeiterInnenklasse kämpft, und in dieser Situation  
ist es notwendig,  
eine neue revolutionäre Organisation aufzubauen, die die  
Lehren des Scheiterns  
der Iranischen Revolution zieht und ein Programm für den Sturz  
des Regimes  
durch die ArbeiterInnenklasse entwickelt.

---

# Neuer Golfkrieg? – Schluss mit der US-Blockade gegen den Iran!

*Dave Stockton, Infomail 1059, 22. Juni 2019*

Am

13. Juni wurden zwei Tanker, der japanische Kokuka Courageous unter panamesischer Flagge und der norwegische Front Altair unter der der Marshallinseln, von Explosionen heimgesucht, als sie durch den Golf von Oman, nahe der iranischen Küste, fahren. Der Vorfall folgte auf Angriffe auf zwei saudische Tanker, ein emiratisches Schiff und einen norwegischen Tanker im Mai.

Die

Vereinigten Staaten von Amerika haben ein körniges Schwarzweiß-Video herausgegeben, das nachts aus einem US-Hubschrauber aufgenommen wurde, sowie einige Farbfotos. Sie scheinen schwarz gekleidete Figuren auf einem Boot zu zeigen, das neben dem japanischen Schiff fährt und ein Objekt von seiner Seite entfernt, das eine Mine sein

könnte. Auf dieser „Grundlage“ haben Trump und der saudische Kronprinz dem Iran mit Vergeltungsmaßnahmen gedroht, und die USA haben weitere 1.000 SoldatInnen in die Golfregion geschickt.

Nach

dem Abschuss einer US-Drohne hatte Trump am 21. Juni einen Militärschlag gegen den Iran genehmigt, der in letzter Minute abgeblasen wurde – gegen den Willen der Hardliner im US-Kabinett

wie Außenminister Mike Pompeo und Sicherheitsberater John Bolton.

Auch

wenn sich alle Seiten immer wieder beeilen zu erklären, sie wollten

keinen Krieg und dass dies unkalkulierbare Folgen für die fragile

Weltwirtschaft hätte, ganz zu schweigen von den Beziehungen zwischen

den „Großmächten“, so steigt die Kriegsgefahr offenkundig. Der US-Imperialismus spielt mit dem Feuer. Allein durch die 30 Seemeilen

breite Straße von Hormus werden rund 35 Prozent des weltweiten Rohöls und 20 Prozent des globalen Ölhandels transportiert. Hinzu

kommt, dass die Länder am Golf noch immer über 50 Prozent der nachgewiesenen Ölreserven der Welt verfügen.

Noch

im Jahr 2010 war der Iran der zweitgrößte Exporteur der OPEC (Vereinigung der Erdöl produzierenden Länder). Aber die einseitige

Aufkündigung des internationalen Atomabkommens durch die USA

und die  
Verhängung eines Embargos unter Trump haben die  
wirtschaftliche Lage  
im Iran massiv verschärft. Und Weiteres droht. Ende April  
kündigte  
das Weiße Haus an, dass die Ausnahmen für den Handel mit dem  
Iran,  
die China, Indien, Japan, Südkorea und der Türkei „gewährt“  
wurden, im Mai auslaufen würden, wonach sie selbst zum  
weiteren Ziel  
der US-Sanktionen werden würden, sollten sie das Iran-Geschäft  
weiter betreiben.

Infolgedessen  
haben Tausende iranischer ArbeiterInnen im privaten und  
öffentlichen  
Sektor gegen Verspätungen und Nichtzahlung von Löhnen und eine  
ungezügelter Inflation, die ihre Löhne abwertet, gestreikt. Das  
iranische klerikale Regime antwortete, indem es Hunderte von  
LehrerInnen, Bus- und Lkw-FahrerInnen sowie  
FabrikarbeiterInnen  
verhaftete. ArbeiteraktivistInnen wurden zu Gefängnisstrafen  
verurteilt, auch wegen der Organisation friedlicher Proteste.  
Offensichtlich hat die amerikanische Blockade intern eine  
destabilisierende Wirkung, und es ist kein Wunder, dass der  
Iran  
gedroht hat, die Meerenge von Hormus zu schließen, wenn dies  
so  
weitergeht.

Um  
diese Bedrohung abzuwehren, haben die USA kürzlich eine  
Kampfgruppe  
für Flugzeugträger, eine B-52-Bomberstreitmacht,  
Phineas-Angriffsschiffe, Patriot-Raketenbatterien und

zusätzliche

Bodentruppen in die Region entsandt. Es besteht kein Zweifel daran,

dass ein Angriff auf den Iran eine reale Möglichkeit ist.

Obwohl die

US-Militärautoritäten offenbar vor solchen Aktionen gewarnt haben,

stand ein Angriff unmittelbar bevor.

## **Wer war es?**

Also

war der Iran für den Angriff verantwortlich? Und: Wenn es so wäre,

würde das eine militärische Aktion der USA (und wahrscheinlich von

Großbritannien) gegen den Iran rechtfertigen?

Fast

unmittelbar, nachdem die Nachrichten von Explosionen auf den Tankern

im Golf öffentlich wurden, erklärte Trump gegenüber Fox TV: „Der

Iran hat es getan“. „Sie wissen, dass sie es getan haben, sie haben das Boot gesehen“, verlautete Trump. „Ich schätze, eine

der Minen ist nicht explodiert und die ist wahrscheinlich im Wesentlichen dem Iran zuzuschreiben.“

„Man hat das Boot nachts gesehen, von dem aus erfolgreich versucht worden war, die Mine abzubauen, und das war deutlich erkennbar“, fügte er hinzu.

Trotz

des Videos – und wer kann heute noch glauben, dass ein Videoclip nicht lügen kann – gibt es widersprüchliche Beschreibungen des Angriffs. Einer der japanischen Eigner sagte, dass das Schiff von zwei „fliegenden Objekten“ getroffen wurde, nicht von Haftminen.

Wenn es einen „Angriff“ gibt, der zum Ausbruch eines Krieges führen könnte, ist es ratsam zu fragen, wer eigentlich von einem solchen Angriff profitiert?

Es ist sicherlich schwer, sich den Iran als Begünstigten vorzustellen. Man sollte nicht vergessen, dass die USA in der Vergangenheit aufgrund falscher Behauptungen über Angriffe auf ihre Marineschiffe Kriege geführt haben. Der Spanisch-Amerikanische Krieg wurde durch die angebliche Versenkung des Schlachtschiffs USS Maine im Hafen von Havanna ausgelöst, während die US-Eskalation des Vietnamkriegs durch den ebenso gefälschten Vorfall am Golf von Tonkin ausgelöst wurde. „Wir wurden angegriffen“ ist somit eine altehrwürdige Methode, um die Unterstützung der Bevölkerung für einen Krieg um Plünderung und Herrschaft zu gewinnen.

In diesem Fall müssten sich die USA jedoch nicht die eigenen

Hände

schmutzig machen. Es gibt andere regionale Mächte, enge US-Verbündete, die die USA stets aufgefordert haben, den Iran militärisch zu bestrafen. Sowohl Saudi-Arabien mit seinem „dynamischen“ Kronprinzen Mohammed bin Salman als auch die abhängigen Herrscher aus den Emiraten haben viele Gründe dafür.

Der

Kronprinz, teuer bewaffnet von den USA und Großbritannien, ist im

Jemen in einen barbarischen, wenn auch nicht gewinnbaren „Bürgerkrieg“ verwickelt und fördert derzeit eine bösartige Konterrevolution gegen den demokratischen Aufstand des sudanesischen

Volkes. Er hat die Spannungen mit dem Iran unerbittlich angeheizt, um

die USA zu ermutigen, mehr und mehr Marine- und Luftstreitkräfte in die Region zu entsenden.

Dann

ist da noch der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu, der

häufig Attacken auf die iranischen Atomanlagen gefordert und sogar

damit gedroht hat. Nicht zuletzt sind nichtstaatliche AkteurInnen

durchaus dazu in der Lage, wie beim al-Qaida-Anschlag auf das amerikanische Kriegsschiff USS Cole im Jahr 2000.

Alle

diese sind durchaus in der Lage, Angriffe unter falscher Flagge



durchzuführen.

Ein

weiterer Grund zur Skepsis ist, dass sich der iranische Präsident

Rohani und der Oberste Religionsführer Chamene'i in den Tagen kurz

vor den jüngsten Anschlägen mit dem japanischen Premierminister

Shinzo Abe im Iran trafen, um die wachsenden Spannungen des Landes

mit den USA abzubauen. Japan unterhält recht gute Beziehungen zu dem

Land, von dem es einen beträchtlichen Teil seines Öls bezieht.

Warum sollte der Iran versuchen, die Mission von Abe zu sabotieren?

Abgesehen

von Trump selbst wurde die Kampagne sofort von Außenminister Pompeo

aufgenommen, gefolgt von dem nationalen Sicherheitsberater Bolton,

einem berüchtigten neokonservativen Scharfmacher. Beide haben wiederholt einen Regimewechsel im Iran gefordert. Vor einigen Jahren

rief Pompeo zu Luftschlägen auf, um die iranischen Atomanlagen zu

beseitigen.

Er

behauptete nun, dass die Angriffe Teil „40 Jahre unprovokierter

Aggression gegen freiheitsliebende Nationen“ seien. Der Iran wäre

„aufpeitscht, weil das Regime will, dass unsere erfolgreiche Höchstdruckkampagne aufgehoben wird“ und fügte hinzu, dass „keine Wirtschaftssanktionen die Islamische Republik berechtigen, unschuldige ZivilistInnen anzugreifen, die globalen Ölmärkte zu stören und Atomerpressungen durchzuführen“.

Mit anderen Worten, die USA können die Wirtschaft eines anderen Landes zerstören und ruinieren, indem sie einfach ihre Kontrolle über den Handel und die Finanzen der Welt nutzen und sogar unwillige europäische Verbündete zwingen, sie zu unterstützen, aber die Opfer dürfen nicht mit Waffengewalt dagegen vorgehen. Wenn sie es tun, wird Washington ein Höllenfeuer auf sie niederprasseln lassen.

Tatsächlich beschreibt der Ausdruck „40 Jahre unprovokierte Aggression“ den Charakter der Politik der USA und ihrer Verbündeten treffend, die seit der Erniedrigung von Präsident Carter durch die Revolution von 1979 gegen Washingtons Handlanger, den autokratischen Schah, betrieben wurde. Die USA ermutigten daraufhin den irakischen Saddam Hussein, den Iran anzugreifen und einen Krieg zu beginnen, der bis 1988 andauerte und in beiden Ländern Ruin und große Verluste an Menschenleben verursachte. In diesem Jahr feuerte der US-

Kampfkreuzer

Vincennes am Persischen Golf Raketen ab, die ein iranisches Passagierflugzeug zum Absturz brachten, 290 Passagiere und Besatzungsmitglieder töteten.

Eine

ebenso zynische Erfindung stellt Trumps Aussage dar, dass „die Iraner den Irak übernehmen“. Die Wahrheit ist, dass die USA unter

dem republikanischen Präsidenten George W. Bush und seinem demokratischen Nachfolger geholfen haben, eine vom Iran getragene,

von SchiitInnen dominierte Regierung im Irak zu installieren und zu

unterstützen, um den Aufstand sunnitischer Kräfte, ehemaliger Saddam'scher Armeeelemente und dann die ISIS-Bewegung (Islamischer

Staat im Irak) zu zerschlagen. Die USA hätten sich im Irak viel

schwerer halten können, wenn sie nicht auf dürftig verdeckte iranische Unterstützung zurückgegriffen hätten.

## Reaktionen

Der

Auftritt von Großbritanniens kleinem Schildknappen für den amerikanischen Goliath, Außenminister Jeremy Hunt, lief wie folgt

ab: Noch bevor er das Video sah, beeilte sich der britische Außenminister, Trumps und Pompeos Behauptungen volle Unterstützung

zu geben:

„Wir haben keinen Grund, der amerikanischen Einschätzung nicht zu glauben, und unser Instinkt ist es, ihr zu glauben, denn sie sind unser engster Verbündeter.“

Für Hunt und seine KollegInnen wäre alles andere unpatriotisch, wenn nicht sogar regelrecht verräterisch. Als Jeremy Corbyn es wagte, seine Antwort zu kritisieren und sagte: „Ohne glaubwürdige Beweise für die Tankerangriffe wird die Rhetorik der Regierung die Bedrohung durch Krieg nur noch verstärken“, schoss Hunt sofort zurück, „.... warum kann er nie britische Verbündete, den britischen Geheimdienst oder britische Interessen unterstützen?“

Trotz all diesen Getöses ist es jedoch schwer vorstellbar, dass das Unterhaus die britische Beteiligung an einem Angriff auf den Iran unterstützt, ebenso wenig wie es David Camerons Versuch, sich an der Bombardierung Syriens zu beteiligen, unterstützt hat. Der britische Beistand wird wahrscheinlich verbal bleiben, während das Land weiterhin Waffen an die Saudis verkauft.

Unterdessen hat die Europäische Union eine Linie eingeschlagen, die der von Corbyn relativ ähnlich ist. Die außenpolitische Vertreterin

Federica Mogherini forderte die Länder auf, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen: „Die maximale Zurückhaltung und Weisheit sollte angewendet werden“, sagte sie. Bundesaußenminister Heiko

Maas erklärte, sein Land habe sich noch nicht entschieden, wer hinter den angeblichen Angriffen am Golf steckt.

Er

fügte hinzu, dass die Erkenntnisse des US-amerikanischen und britischen Geheimdienstes mit Material anderer Verbündeter verglichen werden müsse, und stellte fest, dass die bisher vorgelegten Beweise „von einer Seite kommen“. Offensichtlich sind

die EuropäerInnen zutiefst unzufrieden mit der Iran-Politik von

Trump. Tatsächlich haben sie versucht, das Atomabkommen am Leben zu

erhalten, indem sie Wege gefunden haben, dem US-Ölembargo zu entkommen, das den Interessen ihrer großen Ölkonzerne widerspricht.

Obwohl

sie von der Trump-Administration und dem saudischen Kronprinzen

unabhängige „Beweise“ fordern, wollen sie umgekehrt aber auch keine weitere Konfrontation mit den USA riskieren, wie sich schon

angesichts des praktischen Befolgens des US-Embargos durch große

Teile der EU zeigte. Erst recht können sie sich zu keiner klaren

Ablehnung eines US-Angriffs durchringen. Bestenfalls sind von den

europäischen Regierungen und der EU „diplomatische“ Winkelzüge,

Schweigen und das Hoffen auf eine imaginäre „Weltgemeinschaft“ zu erwarten

Ein echter Widerstand gegen die US-Pläne, die Embargos, Drohungen und sogar „begrenzte“ Luftschläge auf iranische Militäranlagen wird ausbleiben. Dieser müsste nämlich die Form von Massenaktionen auf den Straßen annehmen. Diplomatische Erklärungen, die von den Regierungsämtern in Berlin, Paris oder Brüssel versandt werden, haben keine Wirkung.

## **Hände weg vom Iran!**

Letztendlich ist es nicht das entscheidende Thema, ob der Iran für die jüngsten Anschläge verantwortlich war. Die Verschärfung des US-Würgegriffs wie seine 50-jährige Blockade Kubas und seine jüngste, die auf einen Regimewechsel in Venezuela abzielt, würde völlig nachvollziehbar machen, dass ein Opfer zu militärischen Maßnahmen gegen die USA oder seine Verbündeten ergreift. Was solcherart gerechtfertigt wäre, ist freilich längst nicht zweckmäßig.

Einen militärischen Angriff von der immer noch einzigen

militärischen

Supermacht der Welt zu provozieren, wäre, um es vorsichtig auszudrücken, ein Risiko. Auch wenn die irakische Besatzung wie der

Vietnamkrieg zu einem wirtschaftlichen und militärischen Debakel für

die USA geführt haben, verdeutlicht die Zerstörung dieser Länder

und das Abschlachten von deren Bevölkerung, dass ein solches Risiko

nicht eingegangen werden sollte.

Natürlich

ist es möglich, dass das repressive Regime der iranischen Ajatollahs, dessen Popularität durch die Sanktionen und ihre arbeiterInnenfeindliche Unterdrückung weiter geschwächt wurde, beschließt, dass das Risiko eines „schrecklichen Endes“ einem „endlosen Terror“ vorzuziehen wäre. Der Konflikt mit den USA könnte den Patriotismus der Bevölkerung noch einmal anheizen und

deren Unmut auf den Feind lenken. Der Iran hat nur wenige wirkliche

Verbündete jenseits des syrischen Diktators Baschar al-Assad, der

dem Iran sein Überleben verdankt, und der libanesischen Hisbollah.

Weder sie noch Russland noch China würden wahrscheinlich über die

formelle Verurteilung der US-Aktionen hinausgehen.

Dennoch

würde jeder Krieg am Golf zu einer Ölkrise führen und die Weltwirtschaft in eine Rezession stürzen, deren erste Anzeichen

bereits erkennbar sind. Am Ende würde es Russland und Chinas

Allianz

zementieren und Peking davon überzeugen, dass die US-Aggression, die sich heute auf die Kontrolle der Straße von Hormus konzentriert,

morgen die Straße von Malakka betreffen könnte. Das ist ein lebenswichtiges Interesse für Peking, denn 80 Prozent seiner Energieversorgung und ein großer Teil seines produzierten Exports

laufen über diese Meerenge. Auch wollen die USA ihre maritime Vormachtstellung behaupten.

Es

wird immer deutlicher, dass „Amerika wieder groß machen“ bedeutet, die anderen imperialistischen Länder und die unabhängiger

eingestellten regionalen Mächte kleiner und schwächer zu machen.

Die verlogene Win-Win-Rhetorik der Obama-Ära ist dem Win-Lose-Twittersturm eines Trump gewichen. Die US-Vorherrschaft soll

zur Zeit vor allem durch die US-Kontrolle der Wirtschaftsinstitutionen, der Kapital- und Rohstoffmärkte und der

globalisierten Wirtschaft gesichert werden. Aber bei Bedarf kann die

US-Regierung rasch auf rohe Gewalt zurückgreifen.

Auch

wenn die Warnungen Russlands und Chinas an die Vereinigten Staaten,

nicht militärisch gegen den Iran vorzugehen, wahrscheinlich zu keinerlei Aktionen ihrerseits führen werden, haben wir wieder einmal

einen internationalen Vorfall, der die vitalen Interessen der



nuklear

bewaffneten imperialistischen Mächte bedroht. Dies bestätigt, was

die Liga für die Fünfte Internationale seit einiger Zeit sagt: Wir

befinden uns in einer Zeit erneuter interimperialistischer Konflikte,

die regionale Kriege, Interventionen und letztlich einen Weltkrieg

heraufbeschwören, der die Menschheit zerstören könnte.

Heute

geht es in erster Linie darum, die ArbeiterInnenbewegung der USA und

ihrer Verbündeten zu mobilisieren, um jeden Angriff auf den Iran zu

stoppen, alle Waffenlieferungen an Saudi-Arabien einzustellen, Trumps

Deal of the Century zur Lösung des Nahostkonflikts, den er den PalästinenserInnen aufzwingen will, zu bekämpfen und die belagerte

sudanesische Revolution zu unterstützen.

Die

Verurteilungen von Trumps Kriegstreiberei durch Persönlichkeiten wie

Jeremy Corbyn oder Bernie Sanders sind alle gut und schön, aber ihr

Fokus auf „wer es wirklich war“ legt die gefährliche Schlussfolgerung nahe, dass ein Angriff doch gerechtfertigt wäre,

wenn sich der Iran als Verursacher erweisen sollte. Ihre ständigen

Forderungen nach einem Eingreifen der UNO sind ebenfalls und bestenfalls nutzlos. Die UNO ist eine Räuberhöhle für die

großen imperialistischen Mächte, während die anderen Staaten dort sind, um ein paar Krümel zu sammeln und die Illusion zu erwecken, dass es sich um ein Weltparlament handelt.

Wir müssen uns den Aktionen der USA, Großbritanniens und ihrer Verbündeten im Golf widersetzen, aber ohne die Illusion zu verbreiten, dass der Feind meines Feindes mein Freund wäre, in diesem Fall, dass entweder das iranische Regime oder seine imperialistischen Unterstützer, Russland und China, unsere strategischen Verbündeten sein könnten. Während wir uns gegen die Aggression der USA gegen den Iran wehren, sei es in wirtschaftlicher oder militärischer Hinsicht, müssen wir die ArbeiterInnen des Landes und die säkular orientierte demokratische Jugend unterstützen, die ihr Land von seinen frauenfeindlichen, homophoben und diktatorischen Herrschern befreien will. Letztendlich kann nur der revolutionäre Kampf der ArbeiterInnen und Jugendlichen, wie er im Sudan stattfindet, alle imperialistischen Kriege, den wirtschaftlichen Zusammenbruch und auch die Klimakatastrophe verhindern.

---

# **Solidarität mit der Bewegung im Iran! Nein zur imperialistischen Einmischung!**

*Martin Suchanek, Infomail 980, 8. Januar 2018*

„Brot, Arbeit, Freiheit!“ Seit 28. Dezember 2017 sammelt sich im Iran eine neue Bewegung aus Lohnabhängigen, der Armut, der Jugend, verarmter Schichten des KleinbürgerInnentums gegen die Diktatur der Mullahs. Ausgehend von Maschhad, der zweitgrößten Stadt des Landes, gingen in mehr und mehr Städten des Landes immer wieder Tausende auf die Straßen – und das trotz blutiger Repression, über 1000 Verhafteter und bislang 21 Toter.

Auch wenn es dem Regime gelingen sollte, diese entstehende Bewegung mit Gewalt, Einschüchterung und inszenierter Stimmungsmache zum Schweigen zu bringen und in den Untergrund zu zwingen – so hat sie schon jetzt die Diktatur der Islamisten erschüttert. Deren Herrschaft, mag sie auch noch so totalitär eingerichtet sein und die gesamte Gesellschaft durchdringen, kann erschüttert, ja gestürzt werden. Widerstand ist nicht zwecklos!

Anders als 2009 fordern die Massen bisher vor allem Maßnahmen gegen die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen. Selbst nach offiziellen Zahlen beträgt die Arbeitslosigkeit 11,3 Prozent. Die realen Zahlen liegen weit höher. Rund die Hälfte der Jugend ist erwerbslos oder unterbeschäftigt. Löhne und Renten werden oft nicht oder nur nach Monaten gezahlt. Zugleich treiben Inflation, die Streichung von Subventionen und Korruption die Lebenshaltungskosten immer mehr in die Höhe.

Der iranische Kapitalismus und das despotische Regime der

Mullahs sind offenkundig keine Erfolgsstory für jene, die in den Fabriken, auf den Ölfeldern, in den Büros schufteten. Selbst großen Teilen des KleinbürgerInnentums droht der Absturz. Während das iranische Bruttoinlandsprodukt nach einer Phase der Stagnation im Jahr 2016 um 12,52 Prozent und 2017 um 3,46 Prozent wuchs, bietet die Marktwirtschaft den Massen nur Überausbeutung, Entrechtung und sinkende Einkommen.

Der wirkliche Herrscher ist auch im „Gottesstaat“ das Kapital. Bezahlt macht sich Gottes Segen nur für jene, die die kapitalistische Ausbeutung und die Interessen einer Regionalmacht diktatorisch gegen die ArbeiterInnenklasse, gegen die unterdrückten Nationen, gegen die Frauen und jede demokratische Opposition absichern. Während die Bevölkerung verarmt und erniedrigt wird, bereichern sich die GroßunternehmerInnen, die religiöse Elite und deren Apparat.

Wut und Verzweiflung sind die Triebkräfte, die Hunderte, Tausende tagelang auf die Straße gebracht haben – trotz brutaler Repression, Verhaftungen und zahlreiche Toter.

Die andere Triebkraft ist die Desillusionierung über alle Flügel des klerikalen Regimes – seien es die konservativen Hardliner oder die Reformer um Präsident Rohani. Berichten zufolge sollen die ersten Proteste von Konservativen initiiert worden sein und zu Beginn versuchten beide Flügel, demagogisch die Bewegung für sich zu instrumentalisieren. Wie sie aber auch ausgelöst worden sein mag – sie ist innerhalb kurzer Zeit so weit angewachsen, dass sie für die gesamte herrschende Schicht und alle Fraktionen des Regimes zu einer Gefahr geworden ist.

## **Politische Kräfte**

Die internationale Bedeutung der Bewegung ist schwerlich zu unterschätzen in einer Region, die von tiefen inneren Gegensätzen geprägt ist. Der Iran ringt mit anderen er-z-reaktionären Staaten wie Israel, Saudi-Arabien und der Türkei

um Einfluss. Die gesamte Region steht im Zentrum des Kampfes um die Neuaufteilung der Welt zwischen den USA, Russland und anderen imperialistischen Mächten. Zweifellos versuchen Trump, Netanjahu und die saudische Monarchie, die Bewegung für ihre Zwecke zu nutzen, um den Einfluss des Iran im arabischen Raum zurückzudrängen und im günstigsten Fall einen Regimewechsel dort zu erzwingen. Umgekehrt verteidigt Russland seinen Alliierten, während China, Frankreich, Deutschland und die EU zur „Mäßigung aller Seiten“ aufrufen.

Zweifellos besteht die Gefahr, dass die Bewegung oder Teile von ihr – wie jede spontane Massenbewegung – für die reaktionären Zwecke westlicher Mächte oder rivalisierender Regionalmächte missbraucht werden kann oder sie unter die politische Führung und Kontrolle reaktionärer Kräfte (z. B. von Monarchisten oder der Volksmodschahedin) gerät.

Diese Gefahr ist jedoch kein Grund, der Bewegung die Solidarität zu verweigern, passiv abzuwarten, ob die Massen auch die richtige Führung und Orientierung hervorbringen oder gar wie einige StalinistInnen und sog. „Anti-ImperialistInnen“ das Regime zu verteidigen und deren inszenierte Mobilisierungen hochzujubeln. Im Gegenteil: Alle InternationalistInnen, Anti-KapitalistInnen, GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen auf der Welt müssen sie gegen die Repression verteidigen, ihre sozialen Forderungen und den Kampf gegen das Regime unterstützen.

Die Proteste im Iran sind nämlich keine „Verschwörung“, keine „organisierte“ Bewegung – und der beste Weg sicherzustellen, dass sie zu einer genuin revolutionären Kraft gegen die islamistische Diktatur und gegen den Kapitalismus wird, besteht darin, die ArbeiterInnen und die iranische internationalistische Linke zu unterstützen.

In der Bewegung selbst findet unwillkürlich auch ein Kampf um deren politische Ausrichtung statt. Gegensätzliche Klassenkräfte kämpfen um deren Führung und Hegemonie – und

dieser Kampf muss bewusst geführt werden. Sein Ausgang wird von entscheidender Bedeutung für die weitere Perspektive der Bewegung und die ArbeiterInnenklasse sein.

Aktuell stehen die Proteste an einem Scheideweg. Sie haben das Regime geschockt und dessen innere Gegensätze offen zutage treten lassen. Geschlagen ist es aber noch lange nicht. Vielmehr stellt sich die Frage: Wie kann ein Regime gebrochen werden, das selbst über massive Repressionskräfte verfügt und mit reaktionären bis hin zu faschistoiden Organisationen die Gesellschaft penetriert?

Eng damit verbunden sind die Fragen nach Selbstschutz und Verteidigung der Demonstrationen gegen die Polizei und klerikal-faschistische Milizen des iranischen Staates und des Brechens der Kontrolle des Regimes über die Armee. Rohanis Versprechen, das Demonstrations- und Versammlungsrecht zu respektieren, haben sich schon jetzt als leere Worte entpuppt, als „reformerische“ Begleitmusik zur Unterdrückung und Diffamierung der Bewegung.

Die Frage, wie sich die Bewegung ausweiten, tiefe Wurzeln in den Betrieben, den Stadtteilen, in den Zentren wie auf dem Land, unter den persischen wie unter den national unterdrückten Massen schlagen kann, wirft unwillkürlich die ihrer politischen Zielsetzung und Perspektive auf. Unter der islamistischen Diktatur, die keinen legalen Spielraum für die ArbeiterInnenklasse, unterdrückte Nationen wie die KurdInnen, AraberInnen erlaubt, stellt der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Preissteigerungen unmittelbar die politische Frage demokratischer Rechte auf die Tagesordnung. Auch wenn die Bewegung als soziale, ökonomische begonnen hat, so stößt sie automatisch auf die Frage des Kampfes gegen das gesamte Regime, steht vor der Frage des politischen Ziels.

Die Frage der politischen Perspektive offenbart zugleich die Grenzen einer spontanen Bewegung. Auch wenn die Massen bisher den Versuchen der Reaktion und des Imperialismus widerstanden,

sie zu instrumentalisieren, so findet ein Kampf über die Orientierung der Bewegung statt.

Nicht nur Trump und Netanjahu drücken ihre zweifelhafte „Unterstützung“ aus. Im Exil und im Land kämpfen natürlich auch reaktionäre, bürgerliche und pro-imperialistische Kräfte – Monarchisten, liberale „RefomerInnen“ oder pseudo-linke wie die Volksmodschahedin – um die Führung über die Bewegung.

Ein Einfallstor für diese Richtung kann die Kritik am Regime darstellen, zu viel Geld für „ausländische“ Kräfte zu verschwenden. So richtig sie in Bezug auf die reaktionäre Politik in Syrien und im Irak ist – so ist der Ruf nach einer anderen Außenpolitik keinesfalls darauf beschränkt. So wird auch die Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes von einer sozial-chauvinistischen, rassistischen und pro-imperialistischen Perspektive aus, also reaktionär, kritisiert. Diesen Tendenzen muss offensiv entgegengetreten werden, wie auch eine klare Abgrenzung zu reaktionären Gruppierungen in der Opposition wie in der Solidaritätsbewegung unabdingbar ist.

## **ArbeiterInnenklasse**

Umso wichtiger ist die Frage, wie die zahlenmäßig schwachen sozialistischen, progressiven Teile der Bewegung zu ihrer Führung werden können. So klein sie auch sein mögen, so zeigt der Einfluss linker Gruppierungen unter den StudentInnen in Teheran ebenso wie Statements unabhängiger Gewerkschaften und ArbeiterInnenorganisation, dass es eine solche Linke gibt, die die ArbeiterInnenklasse zur führenden Kraft machen will, deren Forderungen in den Mittelpunkt stellt und zugleich jede reaktionäre Lösung und jeden pro-westlichen Regimewechsel ablehnt. Zahlreiche Demonstrationen haben sich mit Streiks von ArbeiterInnen solidarisiert, die ihrerseits für höhere Löhne und bessere Bedingungen kämpfen. So sind z. B. die Beschäftigten von Haft Tapeh, der größten Zuckerfabrik des Landes, am 7. Januar in den Streik getreten. In diesem Sektor

kam es schon im Laufe des Jahres 2017 immer wieder zu Arbeitsniederlegungen, um die Auszahlung von Löhnen zu erzwingen. Der „Verband Freier Iranischer Gewerkschaften, die Strom- und Metall Gewerkschaft Kermanschah, die Gewerkschaft der Maler/ Provinz Alborz sowie der Verein der ArbeiterInnenrechte“ treten für einen landesweiten Streik ein und fordern:

„Alle politischen Gefangenen müssen befreit werden. Die AusbeuterInnen und diejenigen, die uns unterdrücken, egal in welcher Machtposition sie sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Das geraubte Kapital der Bevölkerung muss ihnen zurückgegeben werden. Der Mindestlohn von ArbeiterInnen, im staatlichen und privaten Sektor, muss sich verfünffachen. Die Machthaber dürfen keine horrenden Gehälter mehr bekommen. Komplette Gewerkschafts- und Vereinsfreiheit, komplette Meinungs- und Pressefreiheit und Parteifreiheit müssen sofort umgesetzt werden.“

All das zeigt: Wir haben es nicht nur mit Demonstrationen hunderter oder tausender Menschen zu tun. Die gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen, die gelernt haben, unter den Bedingungen der Illegalität oder Halblegalität zu kämpfen, könnten die Bewegung auf eine neue, höhere Stufe heben, die einen Generalstreik gegen das Regime zu einer wirklichen Möglichkeit macht.

Die ArbeiterInnenklasse im Iran kann dabei an eine revolutionären Tradition anknüpfen, die Schoas (Räte), die in der Revolution gegen den Schah entstanden und damals ArbeiterInnenkontrolle (oder auch Selbstverwaltung der Betriebe) durchsetzten. Solche Organe können heute zur Organisierung der Kämpfe in den Betrieben wie auch der Massen in den Stadtteilen dienen und zu den Organen eines Generalstreiks werden.

Um der Bewegung eine politische Zielsetzung zu geben, braucht sie ein Aktionsprogramm, das die aktuellen Forderungen nach



Mindestlöhnen, Beendigung der Korruption, vollen demokratischen Rechten, Enteignung der großen Unternehmen unter ArbeiterInnenkontrolle mit dem Kampf für die Macht, die Errichtung einer ArbeiterInnenregierung verbindet. Die Räte, die als Organe zur Koordinierung, Verbreiterung und Führung eines Generalstreiks entstehen, könnten zu denen der ArbeiterInnenmacht werden, zum Instrument des Sturzes der islamistischen Diktatur, zum Zerschlagen ihres Repressions- und Unterdrückungsapparats. Eine solche Macht würde sich nicht auf den Staatsapparat der Mullahs stützen, sondern diesen zerschlagen und durch die Herrschaft der ArbeiterInnenklasse ersetzen, die sich neben den Räten auf Selbstverteidigungsmilizen der Bevölkerung und auf Soldatenräte gründen müsste.

Diese Entwicklung wird jedoch nur möglich, wenn die iranische Linke und Gewerkschaftsbewegung rasch in der Lage sind, eine revolutionäre ArbeiterInnenpartei zu schaffen, die über ein solches Programm verfügt und die unter den Bedingungen der Repression arbeiten und zugleich in die breite Masse hineinwirken kann.